Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen.

1919 Nr. 645 — Jahrgang 212

Bezugspreis: für hiesige und auswärtige Bezieher monatlich Mk. 2,00, vierteljährlich Mk. 6.00 frei Haus. Durch die Post bezogen zuzüglich postal. Bestellgeld.

Morgen-Ausgabe

Mittwoch, 31. Dezember

Anzeigenpreis: Die 5gesp. 36 mm breite mm-Grundzeile 25 ₰. Die 3gesp. 90 mm breite mm-Reklamezeile 1,00 ℳ. Haben nach Tarif. Erfüllungsort Halle-Saale.

Geschäftsstelle Halle-Saale: Leipziger Straße 61/62. Fernruf Zentrale 7801, abends von 7 Uhr an Redaktion 5609 und 5610. — Postscheckkonto: Leipzig 20512.

Geschäftsstelle Berlin: Bernburger Str. 30. Fernruf Amt Kurfürst Nr. 6296. Eigene Berliner Schriftleitung. — Verlag und Druck von Otto Thiele Halle-Saale

Neueste Tagesnachrichten

* Das Aufgeld für die Zahlung der Zölle in Gold beträgt vom 1. bis 10. Januar 900 Prozent.

* Dr. Delbrück hat gestern sein Amt als Reichsgerichtspräsident angetreten.

* Nach Pariser Pressemeldungen hat Wilson erklärt, er werde sofort nach Austausch der Ratifikationsurkunden den Völkerbundsrat zusammenberufen.

* Die Entente verlangt von den Neutralen die Auslieferung derjenigen auf neutralem Gebiete befindlichen Deutschen, die auf der Auslieferungsliste stehen.

* Eine Meldung aus Tokio besagt, daß im Januar 5000 Deutsche aus Japan zurückkehren, falls in Paris keine Einwände erhoben werden.

Eine deutsche Antwortnote

Um Eupen und Malmedy

(Eigene Drahtmeldung der „H. Z.")

Berlin 30. Dezember.

Auf die durch das W. T. B. am 4. Dezember mitgeteilte Note Clemenceaus betreffend Eupen und Malmedy ist jetzt von der deutschen Friedensdelegation folgende Antwortnote an Paris überreicht worden:

Ich habe die Ehre, den Empfang Ihrer Note vom 10. November zu bestätigen. Mit Bedauern stellt die deutsche Regierung fest, daß die eingehenden Ausführungen ihrer Note vom 3. Oktober bei den alliierten und assoziierten Regierungen nicht die erwartete Beachtung gefunden haben. Die deutsche Regierung hat die grundlegenden Unterschiede zwischen den Abstimmungsverfahren für Eupen und Malmedy und für andere Gebiete nie verkannt. Wenn sie sich in Ihrer Note vom 30. November mit dem Artikel 34 des Friedensvertrages eingehend befaßt hat, hat sie es getan, weil die außerordentlich kurzen Bestimmungen dieses Artikels unzweifelhaft Lücken und Unklarheiten enthalten, deren Beseitigung unerläßlich ist.

Die Note der alliierten und assoziierten Regierungen vom 10. November betont besonders, daß das Abstimmungsverfahren zwischen Eupen und Malmedy nicht mit der für Oberschlesien oder Schleswig vorgesehenen Volksbefragung verglichen werden dürfe. Demgegenüber muß die deutsche Regierung wiederholt darauf hinweisen, daß die alliierten und assoziierten Regierungen in ihrer Note vom 13. Juli die Abstimmung in Eupen und Malmedy mit der Abstimmung in Schleswig auf gleiche Stufe gestellt und mit gleichen Worten behandelt hat, und daß bei allen Volksabstimmungen, einerlei, unter welcher äußeren Form sie stattfindet, gewisse gemeinsame Grundsätze walten müßten. Die Antwortnote vom 10. erklärt ferner, Belgien werde unter seiner eigenen Verantwortung die Abstimmung durchführen und für volle Stimmabgabe Vorsorge treffen. Ist es an sich schon für eine Behörde eines Staates, der an dem Ergebnis der Abstimmung interessiert ist, schwierig, eine unparteiische Haltung einzunehmen, so liefert das in der deutschen Note vom 3. Oktober eingehend geschilderte Vorgehen der belgischen Behörden in den Kreisen Eupen und Malmedy nach Ansicht der deutschen Regierung den Beweis dafür, daß bei einer unter belgischer Leitung stattfindenden Volksbefragung von einer freien Stimmabgabe nicht die Rede sein kann. Die deutsche Regierung kann nicht umhin, ihrem Befremden Ausdruck zu geben, daß ihr ausführlicher Bescheid über dieses Verhalten, dessentwegen auch jetzt noch fortwährend Klagen der verängstigten Bewohner eintaufen, in der Antwort der alliierten und assoziierten Regierungen mit keinem Wort berührt wird.

Nach Ansicht der deutschen Regierung kann von einer freien Abstimmung nicht gesprochen werden, und zwar so lange, als den belgischen Behörden freie Hand gelassen wird. In ihrer Note vom 3. Okt. hat die deutsche Regierung daher vorgeschlagen, eine vom Völkerbund ernannte Kommission zur Ueberwachung der Abstimmung einzusetzen. Dieser Vorschlag, der übrigens dem Artikel 34 des Friedensvertrages keineswegs widerspricht, ist von der deutschen Regierung nicht willkürlich gemacht, sondern veranlaßt durch die Zusicherung in der Antwort der alliierten und assoziierten Regierungen vom 16. Juni (Teil 2 Abs. 1), daß die Abstimmung „unter Leitung des Völkerbundes" stattfinden wird. In der Antwortnote vom 10. November wird erklärt, dieser Zusicherung werde Genüge geleistet, wenn Belgien das Ergebnis der Abstimmung dem Völkerbund unterbreitet und seine Entscheidung abwartet. Der deutschen Regierung erscheint diese Auslegung als eine Umgehung der früheren Zusicherung. Sie vermag ferner nicht zu ersehen, wie der Völkerbund, der in den Kreisen Eupen und Malmedy über keinerlei Organisation verfügt und anscheinend auch nicht verfügen wird, in der Lage sein soll, nachträglich festzustellen, ob und in welcher Weise unzulässige Beeinflussung der Bevölkerung stattgefunden hat.

Im Interesse der Bevölkerung der Kreise Eupen und Malmedy kann sich die deutsche Regierung mit der Antwort der alliierten und assoziierten Regierungen vom 10. November nicht für befriedigt erklären. Sie hält es vielmehr für ihre Pflicht, auf den in der Note vom 13. Oktober gestellten Antrag zurückzukommen und zu bitten, daß die alliierten und assoziierten Regierungen diesen Antrag erneut eingehend prüfen, daß sie die lückenhaften und unklaren Bestimmungen des Artikels 34 ergänzen, daß eine mit der Ueberwachung der Abstimmung beauftragte Kommission des Völkerbundes eingesetzt wird und daß die Beschwerden gegen das Verhalten der belgischen Behörden alsbald abgestellt werden.

Die erste Aufgabe des Völkerbundes

Paris, 30. Dezember.

„Journal" meldet, daß Präsident Wilson wissen ließ, er sei bereit, den Völkerbund zusammenzuberufen, der sofort nach dem Austausch der Ratifikationsurkunde zusammentreten soll, um das Regime des Saargebiets festzusetzen.

Paris, 30. Dezember.

Ein Telegramm des „Petit Journal" aus London dementiert, daß die nächste Konferenz der Alliierten in London stattfinden werde. An den Abmachungen, wie sie während der Anwesenheit Clemenceaus in London getroffen worden waren, würde nichts geändert. Lloyd George werde sich in den ersten Tagen des Jahres nach Paris begeben.

Paris, 30. Dezember.

Anfang Januar werden die Minister der alliierten und assoziierten Mächte in Paris zusammentreten, um die Arbeiten der Friedenskonferenz sofort wiederaufzunehmen. Wahrscheinlich werden die Sitzungen am 6. oder 7. Januar wiederbeginnen.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die Beratung über das Schicksal der Türkei, die Zukunft Konstantinopels, die Oeffnung der Dardanellen, die Friedensbedingungen für Ungarn und die Adriafrage. Man will versuchen, die italienischen und südslawischen Ansprüche in Einklang zu bringen und besonders in der Fiumefrage zu einem befriedigenden Ergebnis zu kommen. Die Lage von Rußland und Mitteleuropa wird vermutlich gleichfalls zur Sprache gebracht werden. Für die Inkraftsetzung des Versailler Vertrages wird noch kein Datum genannt. Man erwartet, daß sie Mitte Januar stattfinden wird.

Brüssel, 30. Dezember.

Der belgische Kolonialminister Frank hat sich nach der „Independance Belge" nach London begeben, um die Uebergabe der Provinzen Bukoba und Nsji von Deutsch-Ostafrika vorzubereiten, die den Engländern zugewiesen werden sollen, damit sie sie im Auftrage des Völkerbundes verwalten. Frank soll außerdem mit der englischen Regierung verhandeln, um England den Hoeingsterif auf den Eisenbahnen von Deutsch-Ostafrika zu gewähren.

Der französische Wirtschaftsminister Loucheur wird sich im Laufe der kommenden Woche nach Brüssel begeben, um mit dem belgischen Minister für Wirtschaftsangelegenheiten Jaspar über die Lage zu beraten, die durch das Erbieten der französischen Regierung geschaffen wurde, Belgien Eisenerze zu liefern, als Gegenmaßnahme gegen die schlechte Kohlenlieferung Belgiens.

Amerikanische Liebesgaben

Der amerikanische Lebensmitteldiktator Hoover, der seine Aufgabe, die alliierten und assoziierten Mächte mit Nahrungsmitteln zu versorgen, als zielsicherer Organisator durchgeführt hat, geht jetzt, laut Meldung der „B. Z.", daran, die Versorgung Deutschlands mit amerikanischen Liebesgaben in durchdachter und energischer Weise zu organisieren.

Der mit der Organisation in Deutschland beauftragte amerikanische Major Goldsmith hat in Hamburg und Danzig Lagerhäuser erworben, wo die eingehenden Schiffsladungen untergebracht werden. Die Durchführung dieses Planes ist nur noch davon abhängig, ob die deutsche Regierung — was in diesem Augenblick bereits geschehen sein dürfte — d. h. das Reichswirtschaftsministerium, die von den Amerikanern aufgestellten Bedingungen annimmt. Diese Bedingungen lauten:

1. Die zu Schiff herangebrachten, ausschließlich aus amerikanischem Geld angekauften Waren bleiben im Eigentum der amerikanischen Verwaltung.
2. Diese Waren sind, da es sich ausschließlich um Liebesgabensendungen handelt, von jedem Einfuhrzoll befreit.
3. Sie unterliegen nicht der Beschlagnahme durch die deutschen Behörden.
4. Die Liebesgabensendung an den einzelnen Adressaten in Deutschland darf auf dessen Nahrungsmittelration nicht angerechnet werden.
5. Die Liebesgabenpakete genießen in Deutschland auf der Eisenbahn und auf der Post die Bevorzugungen der Lebensmittelsendungen und Liebesgabensendungen, die von der deutschen Regierung bisher gewährt worden sind.

Hoover besteht auf diesen Bedingungen, weil er gegenüber denjenigen, die Liebesgaben nach Deutschland senden, und gegenüber dem Kinderhilfsfonds, der die Vorschüsse gibt, dadurch also gegenüber dem amerikanischen Staat für die Verwendung der Mittel verantwortlich ist. Die Einzelheiten der ganzen Aktion sind noch nicht völlig geregelt. Man ist sich insbesondere noch nicht schlüssig geworden, welches die unterste und welches die höchste Grenze für einen Liebesgabenbon in Amerika sein wird. Vermutlich wird der Betrag nach unten mit 10 Dollar festgesetzt werden. Dann steht auch noch nicht fest, ob es dem Absender oder dem Adressaten freistehen soll, zu wählen, welche Waren in dem Liebesgabenpaket enthalten sein sollen.

Ober-Kirchenrat und Ministerium

Die seit langem erwartete Antwort des Ober-Kirchenrats auf den Bescheid der drei Minister liegt jetzt vor. Ruhig und verbindlich in der Form, bestimmt und fest in der Sache bildet sie ein Dokument, das von der kirchlichen Oeffentlichkeit mit Genugtuung aufgenommen werden wird. Sie weist die Forderungen der drei Minister, wegen der kirchlichen Wahlrechtsvorlagen zunächst mit den Mehrheitsparteien der Landesversammlung zu verhandeln, mit Entschiedenheit zurück. Nur mit den drei Ministern selbst will der Ober-Kirchenrat in Besprechungen eintreten, aber auch mit ihnen nur so, daß die Gesetzesvorlagen unverändert bleiben und etwaige Anregungen in bezug auf Einzelheiten auf der Generalsynode erörtert und entschieden werden müssen.

Aus der Begründung seien drei Gesichtspunkte besonders hervorgehoben:

Der Ober-Kirchenrat stellt fest, daß ein Ansinnen, wie es die drei Minister an die Kirche stellen, so lange die Landeskirche in ihrer jetzigen Form besteht, von einem preußischen König niemals gestellt worden ist. Den Ministern der freien preußischen Republik ist es vorbehalten, ein kaudinisches Joch für die Kirche aufzurichten, unbekümmert darum, daß die Reichsverfassung die Freiheit der Kirche vom Staat noch ausdrücklich proklamiert hat!

Der Ober-Kirchenrat stellt fest, daß die Regierung der freien preußischen Republik der katholischen Kirche gestattet, alles gewährt, was sie an Freiheiten nur irgend wünschen kann. Die Ordensgesetzgebung ist aufgehoben. (Auf dem Verordnungswege! Man sieht, wie alles in Preußen möglich ist, sobald die Regierung will!) Die staatliche Mitwirkung bei der Anstellung der Geistlichen ist suspendiert. Jeder Eingriff des Staates in die inneren Ordnungen der katholischen Kirche wird ängstlich vermieden. Die evangelische Kirche aber soll vergewaltigt werden. Hier gilt die Gewährung von Staatsmitteln für die Kirche plötzlich als ein Grund, ihr die Freiheit zu versagen, während die katholische Kirche in genau derselben Weise ihre Staatsmittel empfängt, ohne daß jemand davon Aufhebens macht.

Der Ober-Kirchenrat weist darauf hin, daß er die Aufhebung des § 5 schon mit Rücksicht auf die abgetretenden Gebiete immer wieder, und immer vergebens, gefordert habe. Damit ist der Finger auf einen besonders wunden Punkt gelegt. Monatelang ist mit Polen und Franzosen darüber verhandelt worden, ob die evangelischen Deutschen in den abzutretenden Gebieten im Verband der Landeskirche bleiben dürften oder nicht. Was bei dieser Frage auf dem Spiele stand, waren nicht allein kirchliche, sondern auch nationale Interessen. Von der Landeskirche losgerissen, den Polen und Franzosen ohne Rückhalt ausgeliefert, sind die evangelischen Deutschen nicht nur in ihrem Glauben, sondern auch in ihrem Deutschtum gefährdet. Das erstrebte Ziel ist nicht erreicht worden. Der § 5 der preußischen Notverfassung gab Polen und Franzosen eine willkommene Waffe in die Hand. Kann man von ihnen verlangen, daß sie drei preußische Minister in ihr Land hineinregieren lassen? Man hat die Staatsregierung beschworen, diesen Paragraphen, der sich nun auch in nationaler Hinsicht als so verhängnisvoll erwies, fallen zu lassen. Sie hat es nicht getan. Demokratische Parteiinteressen durch rechtswidrigen Zwang in der evangelischen Kirche geltend machen zu können — das schien den Mehrheitsparteien wichtiger als die Wahrung des Deutschtums unserer schwerbedrängten Brüder in den abzutretenden Gebieten! Damit haben sie eine ungeheuerliche Schuld auf sich geladen, die ihnen nicht vergessen werden wird!

Der Ober-Kirchenrat hat geantwortet. Nun steht es bei den drei Ministern, sich zu entscheiden. Schon läßt die „Deutsche Allgemeine Zeitung" Friedensläuten läuten. Die Generalsynode soll einberufen werden. Wird es dabei bleiben? Oder wird nach ein paar Wochen wieder einmal ein anderer Wind wehen?

Der Streit der Meinungen geht bei den Demokraten und Sozialdemokraten hin und her. Niemand kann mit Sicherheit voraussagen, welche Richtung sich schließlich durchsetzen wird, die der „dilatorischen" oder die der „aktiven" Kirchenpolitik. So viel aber ist gewiß: in dem Augenblick, wo vernünftige Ueberlegung über den Parteifanatismus siegt, werden und müssen die Minister einsehen, daß sie für ein Phantom kämpfen und einen Streit heraufbeschwören, für den sie die Verantwortung nicht tragen können. Daß Sozialdemokraten ein Interesse daran zu haben glauben, mit der Kirche in Konflikt zu kommen, kann man bis zu einem gewissen Grade verstehen. Sie wollen sich von den Unabhängigen nicht den Rang ablaufen lassen. Wenn diese den Kampf gegen die Kirche führen und die Kosten der Austrittsbewegung aus ihrer Parteikasse bezahlen, dann wollen auch die Mehrheitssozialisten mit irgend welchen entsprechenden Taten aufwarten können. Habeant sibi! Die nächsten Wahlen werden zeigen, ob sie richtig gerechnet haben oder ob ihnen der Kampf gegen die Kirche nicht ebensoviel Stimmen kostet, wie er ihnen erbauen soll — ganz abgesehen von dem erschütternden Aergernisgenuß, das darin liegt, wenn eine Partei zum Kampf gegen die Religion greifen muß — denn das ist der Kampf gegen die Kirche längst geworden! — um sich bei den Massen in Gunst zu halten. Aber was die Demokraten mit dem Kampf gegen die Kirche bezwecken, wird unklarer von Tag zu Tag. Der Protestantenverein hat öffentlich erklärt, daß er einsieht, daß die Einführung von Urwahlen in der Kirche der Linken keine Siege, sondern Niederlagen bringen wird. Troeltsch erklärt immer wieder, daß der kirchliche Liberalismus nur durch innerkirchliche Kämpfe, nicht aber durch staatliche Maßnahmen eine Stellung innerhalb der Kirche gewinnen könne. Wenn aber die Gegenschaft gegen die Wahlrechtsvorlage und das Festhalten an dem § 5 nicht den Liberalismus in der Kirche zum Siege führen soll, was hat dr ganze Kampf dann noch für einen Sinn? Es bleibt dann nur der Satz des neuen demokratischen Kulturprogramms, daß der demokratische Staat ein Interesse an einer demokratischen Verfassung der Kirche habe. Eine echt liberale Parteidoktrin! Und um dieser Parteidoktrin willen, die überdies von liberalen Führern wie Titius und Curtius auf das schärfste angegriffen wird, das ganze aufreizende und verbitternde Vorgehen gegen die Kirche?

Man mache der Generalsynode den Weg frei, man schaffe den § 5 aus der Welt, diese Brücke alles Uebels, man gebe der evangelischen Kirche dieselbe Freiheit, wie sie die katholische genießt! Dann mögen innerhalb der Kirche auf Grund der Verhältnisse

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191912311-13/fragment/page=0001

die Richtungen miteinander in Wettstreit treten! Das ist die Lösung der Frage, um die es geht! Es ist die einzige Lösung, die es gibt. Jeder andere Lösungsversuch treibt die Kirche den rechtsstehenden politischen Parteien in die Arme, zerreißt die Volkskirche und führt einen Kampf herauf, dessen Folgen unabsehbar sind!

Das Jahr 1919 geht für die Kirche im Zeichen politischer Hochspannung zu Ende. Sie ist gerüstet zum Kampf. Möge das neue Jahr die Spannung lösen und statt des Kampfes Frieden bringen! Frieden durch Freiheit!

Die Steuerlast

Berlin, 30. Dezember.

Der Reichsverband der deutschen Industrie hat in einer öffentlichen Erklärung überzeugend nachgewiesen, daß die der Nationalversammlung bereits vorliegenden Gesetzentwürfe über der Reichseinkommensteuer, die Kapitalertragsteuer und die Landessteuer ohne genaue Kenntnis der Gesamtbelastung aus direkten Steuern nicht verabschiedet werden dürfen, und demgemäß um alsbaldige Bekanntgabe der noch weiter vom Reichsfinanzministerium beabsichtigten Steuervorlagen gebeten, soweit sie mit denen bereits eingebrachten Gesetzentwürfen in unterrendbarem Zusammenhang stehen. Wie die „Berl. Pol. Nachr." erfahren, beabsichtigt der Reichsminister der Finanzen in einer seiner ersten Reden nach Wiederzusammentritt der Nationalversammlung nähere Mitteilungen über die weiteren Steuerpläne zu machen. Aus der Reihe der Projekte, die Gegenstand der Erörterung waren, ist die Betriebsgewinnsteuer ausgeschieden. Der als Ergänzung zum Reichseinkommensteuergesetzentwurf gedachte Gesetzentwurf über die Aufwandbesteuerung ist nahezu fertiggestellt. Von einer gewissen Einkommensgrenze ab soll der übermäßige Aufwand, durch den eine Kapitalbildung verhindert wird, mit einer über die Besteuerung des Vermögenszuwachses nach dem Besitzsteuergesetz hinausgehenden besonderen Steuer belegt werden.

Das neue Umsatzsteuergesetz

Nachstehend sind einige wichtige Einzelheiten über das neue Umsatzsteuergesetz einem Vortrage eines Vertreters des Reichsfinanzministeriums entnommen.

Nach dem neuen Gesetze sind Umsätze unter 3000 Mark nicht mehr steuerfrei. Aerztliche und ähnliche Hilfeleistungen, soweit die Kosten von den Krankenkassen zu ersetzen sind, sind von der Steuerpflicht ausgenommen, ebenso die G. m. b. H., die den gleichen Zweck verfolgen, wie die Genossenschaften. Das neue Gesetz kennt keine Befreiung der Lebensmittel. So werden die ärmeren, kinderreichen Haushalte stark belastet. Einen Ausgleich soll hierfür der § 14 gewähren, der bei einem Einkommen unter 5000 M. gewisse Vergünstigungen nach der Kinderzahl ausspricht. Geblieben ist auch im neuen Gesetz die Unterscheidung zwischen Lieferung und Leistung, ferner die Schonung des Auslandsverkehres und die Befreiung des Zwischenhandels. Durch die neue Reichsabgabenordnung sind eine Reihe von Bestimmungen des alten Umsatzsteuergesetzes erledigt. Was den Steuersatz anbelangt, so ist er für die allgemeine Steuer auf 1½ v. H., für die Luxussteuer auf 15 Prozent erhöht. Von der Luxussteuer (§ 15) sind befreit Arzneimittel und alle Gegenstände zum Ausgleich körperlicher Gebrechen. Neu ist die gestaffelte Inseratensteuer, die 10 Prozent beträgt bei Uebernahme von Anzeigen, soweit sie sich nicht auf öffentliche Wahlen beziehen. Hierzu gehören auch die Wahlaufrufe. Auch schriftstellerische Beiträge werden vom Gesetz erfaßt, soweit sie nicht in den Rahmen des von der Einkommensteuer erpreßten Einkommens fallen. In dem Augenblick, so erklärt man uns, wo man weiß, daß man „nachhaltig" Artikel schreiben wird, ist die Umsatzsteuerpflicht begründet.

Das neue Gesetz tritt in Kraft, wenn Entgelt und Leistung in die Zeit nach dem 1. Januar 1920 fallen.

Die Kaiser-Briefe

London, 30. Dezember.

Die Sammlung der zur Veröffentlichung bestimmten Briefe des Kaisers an den Zaren umfaßt 73 Briefe und zwei Entwürfe für ein Geheimabkommen zwischen Deutschland und Rußland. Die Schriftstücke wurden im Gepäck des Zaren gefunden, als er in Jekaterinenburg ermordet wurde. Der amerikanische Journalist Levine hat seinerzeit von Lenin die Erlaubnis erhalten, von dem Inhalt Kenntnis zu nehmen, ihn zu kopieren und zu photographieren. Die Veröffentlichung wird in Amerika, England und vielleicht auch in Frankreich gleichzeitig erfolgen.

Basel, 30. Dezember.

Die Preßinformation erfährt aus Paris: Der Alliertenrat hat beschlossen, die der deutschen Regierung zugehende Auslieferungsliste auch den Regierungen der neutralen Staaten zu überreichen. Zugleich werden die neutralen Staaten ersucht werden, diejenigen Deutschen, die auf der Liste stehen, sich aber in den betreffenden Ländern aufhalten, festzunehmen und den Alliierten auszuliefern.

Wie die Information weiter aus London erfährt, werden die Blättermeldungen über einen Verzicht der Alliierten auf die Auslieferung des früheren deutschen Kaisers in unterrichteten politischen Kreisen Londons dementiert. Eine endgültige Entscheidung über das Schicksal des Exkaisers sei noch nicht getroffen, da eine Einigung in dieser Frage von den alliierten Mächten bisher nicht erzielt wurde. Es steht jedoch immerhin fest, daß die französische und englische Regierung auf eine Verbannung des Kaisers außerhalb Europas dringen werden.

Der neue Präsident des Reichsgerichtes

Leipzig, 30. Dezember.

Im großen Festsaale des Reichsgerichts fand heute in Anwesenheit sämtlicher Mitglieder und Beamten des Reichsgerichts und der Reichsanwaltschaft die Verabschiedung des bisherigen Reichsgerichtspräsidenten Freiherrn von Seckendorff und die Einführung des neu ernannten Präsidenten Delbrück durch den Reichsjustizminister Schiffer statt.

„Neuregelung der Amtsbezeichnungen"

(Eigene Drahtmeldung der „H. N.")

Berlin, 30. Dezember.

Das Kabinett hat sich heute mit der Frage der Titelverleihung befaßt und sich dahin schlüssig gemacht, die Angelegenheit in der Besoldungsvorlage unter „Neuregelung der Amtsbezeichnungen" ihrer Lösung zuzuführen. Den Beamtenorganisationen wird Gelegenheit gegeben werden, zu der Frage Stellung zu nehmen, um so mehr, als sie an der Besoldungsvorlage aufs engste beteiligt sind.

Gefangenenheimkehr aus Frankreich

„Telegraaf" meldet aus London: Der Staatssekretär für den Krieg teilt mit, daß am Sonnabend 1338 deutsche Offiziere und 450 Mannschaften nach Deutschland abgeschickt wurden. Abgesehen von den Flugern und den an der Versenkung der deutschen Flotte bei Scapa Flow beteiligten deutschen Seeleuten haben jetzt alle deutschen Kriegsgefangenen England verlassen.

Aus Tokio wird gemeldet: Wenn man in Paris keine Einwände erhebt, werden im Januar 5000 Deutsche aus Japan in ihre Heimat zurückgeschickt werden. — Der Dampfer „Frisia" hat aus Buenos Aires die Besatzung der deutschen Kreuzer „Dresden" und „Seeadler" nach Holland gebracht. Zweihundert Deutsche reisten bereits im Sonderzug weiter.

Deutschnationale Reichspartei Oesterreichs

Wien, 30. Dezember.

Am Sonntag fand eine Versammlung der Vorstände der Deutsch-nationalen Partei Oesterreichs statt, in der das Programm für die neu zu gründende Deutsch-nationale Reichspartei zur Kenntnis gebracht wurde. Das Programm tritt für den Anschluß Deutsch-Oesterreichs an das Deutsche Reich ein und ist mit jeder Staatsform zufrieden, die den Zusammenschluß mit dem Deutschen Reiche zu verwirklichen vermag, erklärt sich aber gegen jeden Versuch der Wiedereinsetzung der Habsburger. Das Programm wurde von den Vertrauensmännern einstimmig genehmigt.

Das englisch-japanische Abkommen

Rotterdam, 30. Dezember.

„Nieuwe Rotterdamsche Courant" meldet aus Tokio: Sowohl England als auch Japan zeigen sich geneigt, den britisch-japanischen Vertrag zu erneuern. Das neue japanische Flottenbauprogramm bestimmt, daß ein neues Geschwader von 8 Linienschiffen, 8 Schlachtkreuzern, weiteren 12 Kreuzern und 32 Torpedobootszerstörern gebaut werden soll.

Haag, 30. Dezember.

Die von verschiedenen Seiten verbreitete Meldung, daß die Unterhandlungen zwischen dem japanischen Gesandten Shidehara und Lansing den Weg für ein kräftiges Auftreten Japans in Sibirien gebahnt haben, und daß weitere Schritte Japans in China in Vereinbarung mit den Vereinigten Staaten stattfinden, treffen nach vorliegenden Meldungen nicht ganz zu. Es scheint, daß Washington die Ausdehnung der japanischen Machtstellung in Ostasien sehr ungern sieht und andererseits nicht bereit ist, eine große Truppenmacht zur Verfügung zu stellen. Man fürchtet, daß Japan, sobald es sich in Sibirien eingenistet hat, dort bleiben wird und weist auf die Schantung-Angelegenheit als Begründung der Besorgnis hin.

Der erste Vertreter des Reiches beim Papst. Wie die „Post" erfährt, ist Dr. von Bergen, der als erster das Deutsche Reich als solches beim Heiligen Stuhl vertreten wird, nach Rom abgereist, um sein Amt zu übernehmen. Er wird im Palazzo Bonaparte wohnen. Gleichzeitig stehe das Eintreffen des bayerischen Gesandten beim Vatikan, Freiherrn von Ritter, in Rom bevor, da die bayerische Vertretung beim päpstlichen Stuhl erhalten bleibt.

Ungarn vor der Entscheidung

Die ungarische Regierung zögert, die Abreise ihrer Friedensunterhändler nach Neuilly zu bewerkstelligen, obwohl dazu seitens der Entente bereits zweimal eine Einladung ergangen ist. Offiziell entschuldigt die ungarische Regierung dieses Hinausschieben mit der ungeklärten innerpolitischen Lage, wobei sie mit einer gewissen Berechtigung auf jene umfassenden kommunistischen Putschpläne hinweisen kann, deren Aufdeckung der Budapester Polizei vor kurzem gelungen ist. Der wahre Grund des Zögerns ist aber die Hoffnung, sich nach Verlauf einer gewissen Zeit gegenüber der Entente in einer besseren politischen Situation zu befinden. Man hofft hier auf die Zuspitzung des Verhältnisses zwischen Italien und Jugoslawien wegen der Fiumenez Frage, weiter darauf, daß die Rumänen bei der Entente in Ungnade fallen, und schließlich auch auf eine Verstimmung zwischen Entente und Tschechoslowakei.

Als alle diese Hoffnungen infolge des nachgiebigen Ausweichens der Nationalstaaten vor schwereren Konflikten mit der Entente zunichte wurden, versuchte man ein anderes System: das weitgehende Entgegenkommen gegenüber den ehemaligen „Nationalstaaten". Praktikabel war dies angesichts der Besatzungsverhältnisse nur gegenüber den Slowaken und den Deutschen in Westungarn. In der Slowakei kam es tatsächlich zur Bildung einer ungarnfreundlichen Slowakenpartei, die ihre Starke aus den politischen Fehlern der Tschechen, denen gegenüber die Slowaken starr auf ihrer nationalen und politischen Autonomie beharren, zieht. Wenn auch der Friedensschluß von Neuilly den Magyaren die Slowakei nicht wiederbringen kann, so wird dieses fruchtbare und über 3 Millionen Bewohner zählende Land für die Prager Regierung ein Kind steter politischer Sorge sein, da es zunindest wirtschaftlich und geographisch nach Budapest gravitiert.

Was die Deutschen in Westungarn betrifft, ist das Magyarentum auch jetzt nach dem Muster der alten ungarischen Regierung darangegangen, das Ausland mit regem Eifer in seinem Sinne aufzuklären; auch das deutsche Ausland; und man konnte in deutschen und Schweizer Blättern so manches über das angebliche Recht Ungarns auf die Leithagrenze lesen. Die amtliche magyarische Statistik, wirtschaftliche Erwägungen, ja sogar Drohungen mit zukünftiger politischer Entfremdung müssen dazu herhalten, Deutschösterreich den Anschluß der drei deutschen Komitate im Westen streitig zu machen. Aber alles konnte die Meinung des deutschen Volkes in Oesterreich nicht umstimmen; nur wollte man durch eine Volksabstimmung auch nach außen hin die Anschlußfreundlichkeit des „Burgenlandes" sich offenbaren lassen, eine Absicht, die bekanntlich durch die Aeußerung Clemenceaus, es habe genau bei den Bestimmungen des Friedens von St. Germain, der die Abstimmung verwirft, zu bleiben, hinfällig wird.

Soweit über die Absichten der hiesigen Regierung bekannt geworden ist, will sie noch vor der, etwa Ende Januar stattfindenden Entscheidung über die Staatsform, über die Friedensbedingungen eine grundsätzliche Klärung eintreten lassen, zumal ja möglicherweise im Friedensvertrags-Entwurfe selbst die Donaustiefrage berührt erscheint. Der Geist, mit dem die ungarischen Unterhändler und mit ihnen die ganze Nation an den Verhandlungstisch treten, schließt allerdings die Möglichkeit einer raschen Einigung aus. Die historische Mentalität des Magyarentums hat die Erinnerungen an das tausendjährige Reich, heraus von den Arpaden bis König Franz Josef, nicht vergessen, und eine „vaterländische Liga" hat die Verteidigung dieses gesamten historischen Bodens Ungarns auf ihre Fahne geschrieben. All diesen Kreisen wird Neuilly eine schwere Enttäuschung bringen. Und das Magyarentum wird erkennen, daß seine wahren Freunde ganz wo anders, als in Paris und London, sitzen.

Die Zustände im Gefangenenlager von Lille

Einem kriegsgefangenen Danziger Unteroffizier, Friedrich Kuhnke, gelang es aus den Kasematten von Lille zu entfliehen. Was er dort erlebt hat, schildert er in den „Danziger Neuesten Nachrichten":

Ich war zuletzt bei der 1. Maschinen-Gewehr-Kompagnie des Reserve-Infanterie-Regiments 5, das seinen Stammtruppenteil in Thorn hatte. Aus der Front nach Danzig beurlaubt, kam ich am 13. Oktober 1918 gerade in die Großkampfzeit wieder zu meiner Kompagnie zurück, die bei Roulers lag, und ging sogleich mit meinem Maschinengewehr in Stellung. Am nächsten Tage wurde unser ganzes Bataillon in Roulers gefangengenommen.

(Nachdruck verboten.)

Das Spiel mit dem Tode

4] Roman von Lola Stein.

Amerikanisches Copyright 1919 by Carl Duncker, Berlin.

Er war damals im Innern des Landes, allein auf einem Streifzuge, von der Malaria überfallen worden. Er schleppte sich zurück und wurde von den Bahnarbeitern der Deutschen Gesellschaft, die ihre Kulturarbeit tief in das Innere des Landes hineintrug, bewußtlos am Wege aufgefunden. Die Ingenieure nahmen sich seiner an, pflegten ihn, vor allem der Leiter und Chef, Axel Lindner. So entstand die Freundschaft zwischen den Beiden. Denn als Raoul Bronsart genesen, blieb er in der Nähe des neuen Freundes und des Bahnbaues, der ihn stark interessierte. Er gab für eine Zeitlang seine Reisen auf, verweilte bei den deutschen Ingenieuren und begann ein neues Werk zu schreiben.

Die Freundschaft der beiden Männer vertiefte sich. Und als ein Jahr später Axel Lindners dreimonatiger Urlaub kam, da geschah das Unbegreifliche: Axel wies es kurz von sich, nach Europa zu reisen, er unternahm mit dem Freunde eine große, kühne und interessante Reise, von der Raoul Bronsart jetzt plauderte und die er als eine der schönsten Zeiten seines Lebens bezeichnete.

„Und uns bereitete diese Reise eine so grenzenlose Enttäuschung", sagte der Oberlandesgerichtsrat. „Denn natürlich hatten wir fest mit Axels Heimkommen gerechnet und konnten seine Gleichgültigkeit uns gegenüber gar nicht begreifen."

„Es ist nicht Gleichgültigkeit," widersprach der Schriftsteller, „es muß etwas anderes sein, das ihn von hier fernhält."

„Ich hatte damals gehofft, daß Axel in Berlin bleiben würde," meinte Hermann Lindner, „nun ist ja vorläufig gar keine Aussicht vorhanden für uns, ihn wiederzusehen."

„Warum nicht? Er hat keinen neuen Kontrakt geschlossen, er kann jederzeit nach Europa zurück, wenn er will."

Maja blieb sehr still an diesem Nachmittag. Aber Raoul Bronsart fühlte, daß sie seinen Worten gern lauschte, und daß sein Wesen, sein herrischer Wille, Macht über ihr Gemüt gewann.

Als er sich eine Stunde später abschiednehmend erhob, forderte der Oberlandesgerichtsrat ihn lebhaft zu baldigem Wiederkommen auf.

Raoul Bronsart flog es durch den Sinn, daß er vor einer Stunde gedacht hatte, der heutige Besuch in diesem Hause sei zugleich sein letzter. Er lächelte. Dann sagte er zu, bald wiederzukommen.

„Spielen Sie Schach?" fragte der Oberlandesgerichtsrat.

Er nickte. „Ich denke, sogar ganz gut. Warum?"

„Weil ich einen guten Partner suche," rief Hermann Lindner vergnügt. „Und keinen finden kann, der mir gefällt. Meiner Frau ist das Schachspielen nicht beizubringen, trotz der verzweifelten Mühe, die ich mir mit ihr gegeben habe. Sie begreift es nicht. Schach ist ihr ebenso unsympathisch wie Kartenspiele. Fang einer mit den Frauen was an! Nun aber müssen Sie Schach mit mir spielen, Doktor."

Raoul Bronsart lächelte wieder. „Ich denke, Sie werden mit mir zufrieden sein."

Dann beugte er sich über Maja Lindners Hand.

Wenige Minuten später stand er auf der Straße, riß den Hut vom Kopfe, der glühte und schmerzte.

Er wandte sich, sah noch einmal zu der weißen Villa zurück.

Und fühlte, daß er am heutigen Tage seinem Schicksal in die Augen geschaut.

2.

Am nächsten Morgen saß Dr. Raoul Bronsart der alten Frau Lindner gegenüber und erzählte ihr von ihrem fernen Sohne und brachte ihr Axels Grüße.

Sie war eine heitere, liebenswürdige Dame, hübsch und frisch und weit jünger wirkend, als sie war.

„Axel soll sich beeilen, wenn er noch etwas von mir haben will," sagte sie seufzend, „wenn er noch lange drüben bleibt, was dann mit mir ist."

Raoul widerhorch lächelt, aber sie meinte: „Ich bin achtundfünfzig Jahre, was wollen Sie, lieber Herr Doktor? Aber mein Junge scheint daran nicht zu denken."

Auch sie brachte die Rede auf Axels letzten Urlaub und die Unbegreiflichkeit seiner Handlungsweise.

„Sagen Sie mir ganz offen, Herr Doktor, ist es eine Frau drüben, die Axel festhält?"

Er lachelte, schüttelte das Haupt. „Das ist ganz und gar ausgeschlossen, meine gnädige Frau. Axel kommt ja überhaupt kaum mit weißen Frauen in Berührung, sieht oft Monate lang keine einzige. Nein, eine Liebesgeschichte hat er drüben nicht, überhaupt keine Weibergeschichten, das kann ich beschwören, denn ich kenne sein Leben der letzten zwei Jahre wie ich mein eigenes kenne. Mir schien es immer viel eher, als ob er in Europa, in Berlin die Begegnung mit irgendeinem Menschen vermeiden wollte. Hat er hier eine unglückliche Liebe gehabt, gnädige Frau?"

Nun verneinte sie lebhaft. „Hier in Berlin schon gar nicht, er war ja überhaupt nur wenige Wochen hier. Was er in der Türkei erlebt hat an Liebesgeschichten, das weiß ich nicht. Aber etwas Ernstliches konnte es nicht sein, denn er kam damals strahlend und sonnig, so wie er immer gewesen, zu Hermanns Hochzeit her. Dann überfiel ihn plötzlich eine bis dahin an ihm ganz unbekannte Schwermut, ohne mich zu fragen, schloß er den Kontrakt, der ihn für vier Jahre an Deutsch-Ostafrika band. Ich war ganz fassungslos darüber."

„Also ein Geheimnis in Axels Leben," sagte Raoul Bronsart lächelnd, „das selbst den scharfen Mutteraugen nicht zu durchdringen gelang?"

Sie sah grüblerisch vor sich hin. „Wer weiß, manchmal meine ich . . . Ach Unsinn. Ja, sehen Sie, lieber Herr Doktor, das ist das Los der Mütter. Dazu erziehen wir unsere Kinder und hängen unser ganzes Herz an sie, daß sie uns im Alter allein lassen und kaum an uns denken. Ihren Eltern ist es mit Ihnen wohl auch kaum besser gegangen? Sie waren immer und emig auf Reisen?"

Er nickte. „Aber ich tue seit Jahren keinem mehr damit weh. Ich stehe ganz allein in der Welt."

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191912311-13/fragment/page=0002

Die fünf Offiziere meines Bataillones, die noch übriggeblieben waren, wurden gefesselt nach Roulers transportiert, angeblich als Plünderer! Wie ich hörte, soll sich in Roulers ein amerikanisches Verpflegungsdepot befunden haben, das beim Angriff auf R. stark zerschossen wurde. Aus diesem demolierten und herrenlosen Depot sollen unsere Offiziere Verpflegung entnommen haben, die für das Bataillon bestimmt war. Das ist ihnen als Plünderung ausgelegt worden. Ich habe später erfahren, die fünf Offiziere seien auf dem Marktplatz von Roulers von den Franzosen erschossen worden. Die Namen weiß ich nicht genau, da ich eben von Urlaub kam und wir neue Offiziere erhalten hatten. Einer wurde mit als Leutnant Müller bezeichnet. Es wäre festzustellen, ob noch Offiziere des Bataillons seit Roulers vermißt werden. Dann ist über deren Schicksal wohl traurigste Klarheit geschaffen.

Im Oktober 1919 kam ich in die 152. Kompagnie in Lille, die in leichten Baracken ohne Ofen untergebracht ist. Wir mußten in der Stadt alle möglichen Arbeiten machen. Der Kapitän dieses Lagers erließ im November den Befehl, daß auf jeden Gefangenen, der nach 9 Uhr abends außerhalb der Baracken sei, sofort geschossen werden solle. Ein deutscher Gefangener, der einige Minuten vor 9 Uhr noch die Baracke verlassen hatte, wurde durch das Knie geschossen. Das veranlaßte uns zu einem Verzweiflungsstreik. Alle 600 Mann der Baracken traten am nächsten Tage nicht zur Arbeit an und verlangten Prüfung ihrer Lage durch einen höheren Offizier, da der Lagerkapitän mit seiner Behandlung der Leute — er verbrach 50 Franken für jeden erschossenen Hoche — gegeigt hatte, was von ihm zu erwarten war. Ein französischer Major kam. Ihm wurden die sechs Barackenführer, dann sechs Vertrauensleute, der deutsche Lagerführer (ein Feldwebel) und der Dolmetscher entboten, um die Klagen der Gefangenen vorzutragen. Der Major ließ sie sofort als „Rädelsführer" in die bekannte Zitadelle von Lille abführen. Von ihnen sind acht Mann wieder entlassen worden. Die sechs Vertrauensleute sollen vor ein Kriegsgericht kommen, am 10. Dezember, dem Tage meiner Flucht, war der Termin noch nicht angesetzt, doch muß in diesen Tagen die Verhandlung sein. Wer die französischen Kriegsgerichte kennt mit ihren barbarischen Strafen, der kann um das Schicksal dieser Leute, die nur als Vertreter ihrer Kameraden zu dem Major gingen, bangen. Sollte es unseren Behörden nicht möglich sein, diesen Kameraden Hilfe zu bringen und ihnen einsetzende Zuchthausstrafe zu ersparen!!

Wir anderen wurden aufgefordert, sofort an die Arbeit zu gehen. Von 600 waren es 18, alle anderen wurden in die Kasematten von Lille in strengen Arrest gebracht. Mit zwei Decken versehen, lagen wir auf dem feuchten Steinfußboden, durch die offenen Schießscharten pfiff der Wind, täglich gab es einmal eine dünne Suppe und etwas Brot. Nach zehn Tagen gab es wenigstens einen Strohsack. Diese Strafe sollte bis zum 24. Dezember dauern, wurde uns verkündet. Traurige Weihnachten. Viele von uns sannen auf Flucht um jeden Preis. 30 haben die Tat riskiert.

Wir halten es für selbstverständlich, daß seitens der Regierung alles geschieht, um das Schicksal der als „Rädelsführer" Verschleppten und wahrscheinlich schon Verurteilten zu mildern. Da dem Reichswehrministerium, Abteilung Kriegsgefangenenschutz, sowie dem Volksbunde zum Schutze der deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen in Berlin, Lindenstraße 35, das Material darüber vorliegt, ist zu erwarten, daß die betreffenden Stellen der Angelegenheit sofort nachgehen.

Sprechende Zahlen

Nach der letzten allgemeinen Volkszählung vor dem Kriege (Dezember 1910) zählte das Deutsche Reich auf 540 857 Quadratkilometern eine Bevölkerung von 64 925 993 Einwohnern. Nach dem Friedensschluß scheiden hiervon ohne weiteres aus dem Reiche aus die Abtretungsgebiete. Es sind dies 65 018 Quadratkilometer mit 6 062 101 Bewohnern, wovon 50 066 Quadratkilometer mit 4 112 191 Bewohnern auf Preußen entfallen, der Rest entfällt auf Elsaß-Lothringen mit 14 921 Quadratkilometern und 75 896 Bewohnern. Auf das Saargebiet, von dem zu hoffen ist, daß es nach 15 Jahren zum Vaterland zurückkehren wird, entfallen 1800 Quadratkilometer mit 644 792 Einwohnern.

Von den aus dem Reiche ausscheidenden Bewohnern der Abtretungsgebiete sprechen als Muttersprache 3 828 000 deutsch und nur 1 729 000 polnisch, sowie 204 000 französisch. Der Rest eine sonstige nichtdeutsche Sprache. Schärfer als durch diese Ziffern, die das gewaltige Ueberwiegen der reindeutschen Elemente in den abzutretenden Gebieten beweisen, kann die schreiende Ungerechtigkeit der Zerreißung dieser Landesteile vom Mutterland nicht beleuchtet werden.

Die Abstimmungsgebiete, die ausschließlich Preußen betreffen, umfassen im Ganzen 88 429 Quadratkilometer mit 8 070 000 Bewohnern. Hiervon sprechen als Muttersprache 3 862 000 deutsch, 1 258 000 polnisch, 134 000 dänisch. Der Rest eine sonstige nichtdeutsche Sprache. Auch hier also ein Ueberwiegen der deutschen Bevölkerung über die polnische. Die Abtretungsgebiete machen 12,02 Prozent der bisherigen Gesamtfläche des Deutschen Reiches aus und umfassen 9,34 Prozent der bisherigen Gesamtbevölkerung, die Abstimmungsgebiete machen 6,18 Proz. der Gesamtfläche aus und umfassen 4,78 Proz. der Gesamtbevölkerung. Im umständlichsten Fall, den mit allen Mitteln zu verhüten jeder Deutsche verpflichtet ist, würden das Reich somit 98 443 Quadratkilometer — 18,20 Proz seiner bisherigen Fläche und 9 133 061 Einwohner — 14,07 Proz. seiner bisherigen Volkszahl verlieren.

Was dies für Deutschland bedeuten würde, ergibt sich aus der einen Ziffer, daß die gefährdeten Gebiete, außer ihrer eigenen Bevölkerung, bisher noch rund 6 581 500 weitere Personen aus ihren landwirtschaftlichen Ueberschüssen ernähren konnten. — Das zerbrochene und verkleinerte, seiner Ueberschußgebiete beraubte Deutschland wird diese Menschen nicht ernähren können.

Die Sparprämienanleihe war ein Mißerfolg. Darüber können auch die wortreichsten Erklärungen nicht hinwegtäuschen. Eine andere Frage ist, ob dieser Mißerfolg für die Zukunft der deutschen Finanzen nachteilig ist. Und das kann man füglich bezweifeln. Die etwa 4 Milliarden Mark, die auf die Sparprämienanleihe gezeichnet worden sind, werden zur Hälfte in fünfprozentiger Kriegsanleihe, zur Hälfte in bar gezahlt. Dadurch, daß das Reich 9 Milliarden Kriegsanleihe zurückerhält, spart es alljährlich 100 Millionen Mark Zinsen, dadurch, daß es 2 Milliarden Mark in bar empfängt, vermindern sich seine schwebenden Schulden um 2 Milliarden. Andererseits muß es alljährlich 40 Millionen Mark in Form von Gewinnen und in den ersten zehn Jahren je 60 Millionen Mark, in den folgenden zehn Jahren je 80 Millionen usf. als Tilgung und Bonus auszahlen. Nach 20 Jahren muß es für jedes vom Besitzer gekündigte Los, das jetzt mit 500 Mk. Kriegsanleihe und 500 Mk. in bar gekauft wird, 1800 Mk. in bar hergeben. Von den 4 Milliarden wird bis dahin 1 Milliarde getilgt sein. Die übrigen 3 Milliarden werden aber dann fast sämtlich gekündigt werden, da sich die Verzinsung von Jahr zu Jahr verschlechtert. Denn der jährlich aufzuschlagende Zins beträgt anfangs 50 Mk., und das ist eine Verzinsung, mit der man sich wohl bei einem Papier begnügen kann, das einen nur 500 Mk. Kriegsanleihe und 500 Mk. bar kostet, mit dem man sich aber nicht mehr begnügen wird, wenn man für das betreffende Papier 1800 Mk. in bar erhalten kann. Das Reich muß also damit rechnen, nach 20 Jahren 5,4 Milliarden in bar herauszuzahlen. Es ist eben ein sehr schlechtes Geschäft für das Reich. Fünfprozentige Kriegsanleihe, die es niemals zurückzuzahlen braucht, gegen eine Anleihe, die ihm gekündigt werden kann, in Zahlung zu nehmen. Und deshalb braucht man es im Interesse des Fiskus nicht zu bedauern, daß die erste deutsche Sparprämienanleihe ein Fiasko war und kann nur wünschen, daß es auch die letzte gewesen sein möge.

Halle und Umgebung

Halle, 31. Dezember.

Der neue Straßenbahntarif

Erhöhung des Fahrpreises um 50 Prozent.

Die wichtigste unter den 24 Vorlagen, mit denen sich der Haushaltausschuß in seiner gestrigen Sitzung zu beschäftigen hatte, betraf die Aenderung des Straßenbahntarifs. Da die Einnahmen die Ausgaben nicht mehr decken, muß eine Erhöhung des Tarifs vorgenommen werden. Der Magistrat schlug vor, daß unter Aufrechterhaltung des Einheitstarifs jede Fahrt ohne Umsteigeberechtigung mit Wirkung vom 15. Januar 1920 ab 30 Pfg. kosten solle, während für eine Fahrt mit Umsteigeberechtigung 40 Pfg. gezahlt werden sollten. Die Monatskarten sind auf 20 Mark bis zu sieben Teilstrecken, auf 30 Mark für alle Strecken zu erhöhen. Die Arbeiterwochenkarten werden auf 2 Mark bemessen, ebenso die für Schüler, während die sonstigen Wochenkarten 2,50 Mark kosten sollen. Es entwickelte sich eine längere Aussprache darüber, ob grundsätzlich an dem Einheitstarif festzuhalten sei, oder ob es sich nicht empfehlen würde, wieder zu dem Teilstreckentarif zurückzukehren. Von deutschnationaler Seite wurde der Antrag gestellt, die Fahrt für drei Teilstrecken mit 20 Pfg. zu berechnen, die für weitere Strecken mit 30 Pfg., die Umsteigeberechtigung solle ganz wegfallen. Dieser Antrag wurde abgelehnt, und die Magistratsvorlage mit der Maßgabe angenommen, daß später, nach Durchführung der neuen Linienführung, geprüft werden solle, ob die Umsteigeberechtigung noch beibehalten werden könne. Allgemein wurde anerkannt, daß die Hoffnungen, die man im Juli dieses Jahres bei der Tarifreform an den Einheitstarif geknüpft hatte, nicht so in Erfüllung gegangen seien, wie man es erwartet hatte. Die Zahl der Anhänger des Teilstreckentarifs hat sich vermehrt.

Der frühere Beschluß, den städtischen Beamten, Angestellten und Arbeitern Beschaffungsbeihilfen zu bewilligen, macht eine Erhöhung der Steuern notwendig. Der neue Bedarf beträgt 3½ Millionen Mark. Diese sollen gedeckt werden durch eine Erhöhung der Einkommensteuer um 68 Proz., der Gewerbesteuer um 56 Prozent und der Grund- und Gebäudesteuer um 64 Proz. Die in städtischen Betriebsverwaltungen beschäftigten Personen erhalten ihre Beihilfen nicht aus dieser Steuererhöhung, sondern der Haushaltungsausschuß stellte sich mit dem Magistrat auf den Standpunkt, daß für diese die Beihilfen durch die betreffenden Betriebe aufzubringen seien. Die Erhebung des Steuerzuschlages erfolgt im Anschluß an die Erhebung der vierten Rate.

Für das Polizeirevier Trotha, das jetzt in der Morlstraße untergebracht ist, müssen neue Dienströume beschafft werden, da der jetzige Mietsvertrag abläuft. Es soll in Zukunft in der Trothaer Straße 29 untergebracht werden. Für den Umbau der erforderlichen Räume wurden 4500 Mark bewilligt. — Für Krankentransporte waren bisher 5 Mark zu zahlen. Da diese Summe die Selbstkosten bei weitem nicht deckt, ist eine Erhöhung auf 10 Mark nötig. Bei Transporten vom und zum Bahnhof beträgt der Preis 15 Mark. — Acht Kanzlistenstellen und sieben Gemeindebeamtenstellen sollen in Verwaltungssekretärstellen umgemandelt werden. Die hierfür erforderlichen 1720 Mark wurden bewilligt. — Ein Unterstützungsgesuch der Veteranen wurde dem Magistrat zur Erledigung überwiesen. — Die städtischen Steuerbüros sollen mit elektrischer Lichtanlage versehen werden. Die hierfür benötigte Summe von 3000 Mark wurde bewilligt. — Nachdem im städtischen Leihamt ein Einbruchsdiebstahl verübt worden ist, sollen Sicherheitsmaßnahmen gegen ähnliche Vorfälle getroffen werden. Unter anderem sollen die Schränke für die Juwelen und Goldsachen mit elektrischen Sicherheitsanlagen versehen werden. Hierfür wurden 11 000 Mark bewilligt. Schließlich wurde die Anlage von weiteren Urnenstellen auf dem Südfriedhof beantragt. Die nötigen Mittel im Betrage von 18 000 Mark wurden bereitgestellt.

— **Einen Begrüßungsabend für die heimgekehrten Kriegsgefangenen** des Ostbezirks der Ulrichsgemeinde veranstaltet der Evang. Männerverein St. Ulrich-Ost am Montag, den 5. Januar, pünktlich um 7 Uhr, in der „Kaiser-Wilhelmshalle", Neue Promenade 8. Der Kirchenchor sowie die Mitglieder der Jugendvereine werden durch Gesangs- und Gedichtvorträge sowie die Aufführung der „Deutschen Weihnacht" von Richard Stahn den Abend füllen. Zwei der heimgekehrten Krieger werden über ihre Erlebnisse berichten. Die Gemeindeglieder werden ebenso wie die heimgekehrten Kriegsgefangenen mit ihren Angehörigen herzlich zu diesem Abend eingeladen. Für den Kriegsfürsorgefonds des Ostbezirks sind dem Evangelischen Männerverein zu Weihnachten drei größere Spenden von zusammen 8300 M. zugegangen, so daß sich der Gesamtbestand jetzt auf über 11 000 M. beläuft. Den Spendern gebührt herzlichster Dank.

— **Freifahrtkarten für Kriegsbeschädigte.** In der Bewilligung von Freifahrtkarten hat der Magistrat eine einschränkende Aenderung eintreten lassen. Wie bereits durch die Presse bekanntgemacht ist, erhalten Freifahrtkarten nur noch Kriegsblinde und solche Kriegsbeschädigte, die an Krücken oder zwei Stücken gehen müssen. Die Anmeldung dieser Kriegsbeschädigten muß am 2. und 3. Januar in den Nachmittagsstunden von 3—5 Uhr erfolgen. Die Ausgabe der dann durch die Straßenbahndirektion bewilligten Karten geschieht durch das Straßenbahnbüro am Marktplatz, den 5., und Dienstag, den 6. Januar. Bei der Empfangnahme der Karten muß eine Photographie zum Aufkleben mitgebracht werden. Es wird noch einmal darauf hingewiesen, daß andere Kriegsbeschädigte, als eben angeführt, nach den Bestimmungen des Magistrats nicht berücksichtigt werden dürfen.

— **Herstellung von Kuchen in Bäckereien.** Nach § 2 Abs. 2 der Verordnung vom 27. September 1918 darf in Betrieben, in denen Roggen- oder Weizenbrot gewerblich hergestellt oder feilgehalten wird, Kuchen oder Torte weder hergestellt oder feilgehalten werden, lediglich das Backen dieser Waren für Haushaltungen ist den Betrieben gestattet. Wahrsche Verstöße gegen diese Bestimmung geben dem Magistrat Veranlassung, auf deren genaue Beachtung besonders hinzuweisen. Zuwiderhandlungen werden mit Geldstrafe bis zu einem Jahre oder mit Geldstrafe bis zu 50 000 Mark bestraft; auch kann neben der Strafe die Schließung der betreffenden Geschäfte angeordnet werden.

— **Ein Ortsverband „Hallesche Presse"** ist von sämtlichen Redakteuren der hiesigen bürgerlichen Blätter gestern gegründet worden.

— **Hallescher Lehrerverein.** Am Sonnabend (3. Januar, nachmittags 3.30 Uhr) findet im „Matzkeller" eine Versammlung statt von Lehrerinnen und Lehrern, die studieren wollen. Tagesordnung: Aussprache über die vom Provinzial-Schulkollegium der Provinz Sachsen beabsichtigte Einrichtung von Vorbereitungskursen im Sinne des Ministerialerlasses vom 19. September 1919 und Aufstellung von Teilnehmerlisten. Da das Provinzial-Schulkollegium die Listen baldmöglichst wünscht, wird das Erscheinen aller Interessenten, auch aus der Umgebung, dringend erbeten.

— **Zeitbilder der „H. Z".** Folgende Bilder hängen in unserer Geschäftsstelle aus: Einer unserer Riesen-Schwimmkräne (Germania-Werft Kiel), deren Auslieferung von der Entente gefordert wird. Der bekannte russische Agitator Radek nach seiner Entlassung aus deutscher Schutzhaft. Der große Box-Match zwischen dem französischen Meisterboxer Carpentier und dem englischen Meisterboxer Beckett in London um die Europa-Meisterschaft. Carpentier gelang es schon bei der ersten Runde seinen Gegner Beckett zu Boden zu bringen, womit er 500 000 Francs verdiente. Zeit: 74 Sekunden. Entente-Kommission in Tilsit, welche den Abtransport der Baltikum-Truppen beaufsichtigt. Von links nach rechts: Italien, England, Frankreich (General Niessel), Amerika und Japan. Billige Weihnachtsgänse für Berlin. Einlagerung der Gänse in den Kühlräumen.

Provinz Sachsen

— **Magdeburg,** 30. Dezember. (Zum Eisenbahnerstreik.) Der Beamtenausschuß der Eisenbahndirektion erläßt, da der Teilstreik politisch ausartet, eine Kundgebung, in der die Beamten aufgefordert werden, alle Arbeiten zu übernehmen, die zur Aufrechterhaltung des Betriebes notwendig sind.

)(**Königerode** (Südharz), 30. Dez. (Landwirtschaftlicher Verein.) Am vorigen Sonntag, nachmittags 3 Uhr, hielt der erst vor kurzem gegründete Landwirtschaftliche Verein Königerode unter Vorsitz des Herrn Gutsbesitzers Ulrich II im Zimmermannschen Gasthause seine erste ordentliche Versammlung ab, die recht gut besucht war. Nach Bekanntgabe der Satzungen wurden in den Vorstand außer dem Besitzer Herrn Landwirt L. Kronberg noch die Herren Landwirt Fr. Kraut und H. Günther, zum Schriftführer Herr Lehrer Becker, und zum Kassenführer Herr Landwirt Karl Buchmann gewählt. Es wurde als Jahresbeitrag für jedes Mitglied ein Grundbeitrag von 2 Mk. festgesetzt, dem sich weitere Beitragserhöhungen von 5 Pfg pro Morgen angliedern sollen. Die Mitgliederliste weist zurzeit 55 Mitglieder mit 85 Stimmen auf, von denen zunächst 40 auf die „Landwirtschaftliche Wochenschrift" abonnieren. Vom 1. Januar 1920 ab soll ein Beitrittsgeld von 2 Mk. erhoben werden. Dem Artikel „Minimax-Löschapparat" aus der letzten „Landw. Wochenschrift" wurde reges Interesse entgegengebracht, und seine Anschaffung in größeren landwirtschaftlichen Betrieben für recht ratsam gehalten. Die nächste Versammlung wurde auf Sonntag, den 14. Februar festgesetzt, wozu möglichst ein auswärtiger Redner gewonnen werden soll. Außerdem hat man ein größeres geselliges Beisammensein für Anfang März in Aussicht genommen.

—h— **Eisenach,** 30. Dez. (Gemeinderatswahl.) Bei sehr lauer Wahlbeteiligung vollzog sich die Eisenacher Gemeinderatswahl, in welcher 20 Mitglieder der Körperschaft neu zu wählen waren. Von 37 000 Wahlberechtigten übten nur 10 818 das Wahlrecht aus. Bei der im vergangenen März stattgefundenen Wahl zum Gemeinderat wählten 15 116 Personen, also fast ein Drittel mehr. Trotz der jetzigen sehr geringen Wahlbeteiligung erhielten die verbundenen Listen der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei einen Zuwachs von 259 Stimmen gegen die Wahlziffern des März; auch die Unabhängigen wuchsen um 52 Stimmen. Den Hauptausfall hatten die Demokraten mit 2267 und die Mehrheitssozialisten mit 1490 Stimmen. Es gewannen die Deutschnationale Volkspartei und die Unabhängigen je 2 Sitze, während die Deutsche Volkspartei ihren Besitzstand behauptete. Die Demokraten verloren 3 und die Mehrheitssozialisten 1 Sitz. Der Gemeinderat umfaßt in seiner neuen Zusammensetzung 22 bürgerliche und 18 sozialistische Mitglieder.

n. **Köthen,** 30. Dez. (Verschiedenes.) Der von Bernburg nach hier abgelassene Krüppelpersonenzug überfuhr gestern morgen in der Nähe der Station Biendorf ein Fuhrwerk des Landwirts Lucke aus Löbnitz. Ein Pferd wurde getötet, der Wagen etwa 200 Meter mitgeschleift und zertrümmert. Der Kutscher blieb unverletzt. An dem Uebergang war die Schranke nicht geschlossen. Der Zug erlitt eine mehrstündige Verspätung. — Vom 1. Januar ab wird im Stadtbezirk der Preis für elektrisches Licht auf 70 Pfg., für Kraft auf 45 Pfg. erhöht. Dies bedeutet gegenüber dem Friedenspreis eine Erhöhung um 75 und 95 Prozent. Der Preis ist immerhin noch sehr günstig, denn der Lichtpreis beträgt heute durchschnittlich 1—1,20 M. pro Kilowattstunde. Im Landkreise Köthen kostet der Lichtstrom 1,15 M., der Kraftstrom 0,65 M. für die Kilowattstunde, obgleich auch hier der Strom von der Ueberlandzentrale Anhalt geliefert wird.

„H. Z." Sportberichte

Der „Teplitzer F.-K." zu Sylvester in Merseburg

Dem Verein für Leibesübungen (e. V.) Merseburg ist es unter großem Kostenaufwande gelungen, dem Sportpublikum unseres „Saalkreises" eine ausländische Mannschaft ersten Rufes und bester Klasse zu zeigen. Teplitz schon seit Jahrzehnten im In- und Ausland bekannt, wird sich unserem Sportpublikum in bester Mannschaft dem V. f. L. entgegenstellen. Konnte doch F.-K. Teplitz erst die Feiertage in Süddeutschland zwei Siege einheimsen. V. f. L. M. wird alles aufbieten, um ruhmvoll abzuschneiden, und um ihr Können auch dem Ausland gegenüber zu respektieren wissen. Das Spiel wird von dem bekannten Schiedsrichter Zipfel-Halle geleitet.

— **Um die 8. Olympiade 1924** bewirbt sich jetzt auch noch Kanada, dessen Olympisches Komitee die Stadt Halifax als Ort zur Austragung in Vorschlag bringt. Insgesamt liegen bis jetzt sechs Anträge zur Abhaltung dieses großen Sportfestes vor, und zwar von Amsterdam, Lyon, Rom, Havanna und Kristiania. Letztere Stadt hat die größten Aussichten, die Spiele übertragen zu erhalten.

— **Die Berliner Liga-Fußballspiele des Sonntags** wurden durch den schneebedeckten Boden etwas beeinträchtigt. Im Südkreise siegten Union gegen Viktoria mit 2:0 (2:0), der Berliner Ballspielklub gegen Hubertusclf mit 5:3 (4:1), Preußen gegen V. f. B. Luckenwalde mit 6:1 (3:1), Borwärts gegen Borussia Schöneberg mit 7:1 (3:1). Das einzige Spiel des Ostkreises zwischen V. f. B. Pankow und Weißensee wurde als Gesellschaftsspiel von Pankow mit 4:0 gewonnen. — Im Nordkreise errang Wacker Tegel die Meisterschaft, indem sie Wilhelmsruh ganz überlegen mit 13:0 (5:0) abfertigte. — Hertha konnte ihre Formverbesserung nur in einem Gesellschaftsspiel zeigen, indem sie Alemannia mit 2:0 schlug. — Im Westkreis fief das Spiel Germania Spandau gegen Preußen Spandau aus. Minerva und Union trennten sich mit dem unentschiedenen Ergebnis von 2:2 (1:2).

— **Die Westdeutsche Bundespokalmannschaft,** die der Norddeutschen Fußball-Verbandsmannschaft am 26. Januar Köln um die Zwischenrunde gegenübertritt, trägt bis dahin noch eine Reihe von Wettspielen aus, um sich genügend einzuspielen. Sie tritt am 4. Januar in Duisburg gegen den dortigen Kaiserspurverband und am 11. Januar gegen eine Städtemannschaft von München-Gladbach in Köln an.

— **Seinen 16. Verbandswettlauf** veranstaltet der Oberharzer Skiklub in der Zeit vom 9. bis 12. Januar in Braunlage. Der erste Tag bringt einen großen Dauerlauf über 20 Kilometer, an dem sich auch Läufer, die das Sportabzeichen des Deutschen Reichsausschusses für Leibesübungen erwerben wollen, beteiligen können. Am 10. Januar kommen Langläufen, Alterheren- und Jugendläufen für Knaben und Mädchen, Damen- und Hindernisläufen und am 12. Januar Slalomläufen und Sprungläufen zum Austrag.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191912311-13/fragment/page=0003

Volkswirtschaft

Während bei mit einem * versehenen Original-Artikel und Original-Meldungen des volkswirtschaftlichen Teils nur mit genauer Quellenangabe „Hallesche Zeitung" gestattet

Die Ursachen der Kohlennot

Man schreibt uns:

Nach dem Friedensvertrage müssen wir 10 Jahre lang liefern

an Frankreich	7 Millionen Tonnen Kohlen	
„ Belgien	8 „ „ „	
„ Italien	6½ „ „ „	
zusammen	21½ Millionen Tonnen Kohlen.	

Bis zur Wiederherstellung der im nordfranzösischen Kriegsgebiet liegenden Kohlengruben, die vielleicht in 5 Jahren bewirkt sein kann, müssen wir ferner an Frankreich den Ausfall an Förderung bis zu 20 Millionen Tonnen liefern, also, da der Höchstbetrag von uns gefordert werden wird, auf mehrere Jahre 41½ Millionen Tonnen. Der Preis wird von nicht ausgezeichnet, sondern auf die künftige Kriegsentschädigung angerechnet. Diese Zeit von 5 Jahren wird hinreichen, um der Industrie unserer Feinde einen bedeutenden, nicht wieder einzuholenden Vorsprung vor unserer Industrie zu verschaffen. Aber bereits vor Ratifikation des Friedensvertrages haben wir, um die Herren Feinde versöhnlich zu stimmen und die Franzosen zur Herausgabe unserer Kriegsgefangenen zu bewegen, mit der Kohlenlieferung begonnen die Gegenleistung blieb aus, wenn sie nicht in Clemenceaus niederträchtigen Noten erblickt werden soll.

Dafür konnten wir frieren, unsere Industrie feiern und unser Bahnverkehr gesperrt werden!

Unsere Kohlenförderung betrug 1913/14		190 Millionen To.
Davon entfielen auf die		
Saargruben rund	10 Mill. To.	
auf Oberschlesien rund	50 „ „	60 Millionen To.
somit blieben uns		130 Millionen To.

nach Abtretung der Saargruben an Frankreich, wenn Oberschlesien und durch Abstimmung verloren geht.

Würde die Förderung bei vor dem Kriege erreichten gleich sein, so würden zu unserer Verfügung rund 130 Millionen To. bleiben. Die Förderung hat aber trotz erhöhter Belegschaft im ersten Halbjahr d. J. nur 50 Millionen To. gegen 80 Mill. To. in der gleichen Zeit des Vorjahres betragen, so daß wir beim Fortfall des Saargebietes und Oberschlesiens auf eine Förderung aus dem Ruhrgebiet, wenn die verkürzte Schichtdauer (7 Stunden), die Arbeitsunlust und die Streiklust fortbestehen, höchstens auf 100 Millionen To. rechnen dürfen. Dann werden die Leiden dieses Winters so lange andauern, wie der Friedensvertrag dauert.

Wir werden darauf verzichten müssen, unseren Eisenbahnverkehr wieder auf die frühere Höhe zu bringen, unsere Industrie wird, bei dem Mangel an Rohstoffen im eigenen Lande, auf Lohnarbeit im Dienste des ausländischen Großkapitals angewiesen, auch diese nur in beschränktem Umfange leisten können, die Landwirtschaft wird unregelmäßig und unzureichend mit Kohle beliefert werden und Dampfdrusch, Dampfpflug werden vorzeitlichen Wirtschaftsmethoden weichen müssen. Der Betrieb der Meiereien, Molkereien, Brennereien, Stärke- und Kartoffeltrockenfabriken wird auf Torf- und Holzheizung umgestellt und stark verteuert werden. Die früher in Licht schwimmenden Städte wird Dunkel decken und der Mangel an Licht und Wärme, die das Heim früher gemütlich machten, wird den einst so oppositionsfreudigen Lippen so mancher überzeugten Demokraten einen sehnsuchtsvollen Seufzer im Gedanken an die „unmodernen und rückständigen Verhältnisse unter der Herrschaft des alten verrotteten Systems" entleiten lassen. „Arbeit macht das Leben süß" — nicht nur dem Arbeitenden, sondern auch anderen, besonders die Arbeit unserer Kohlenbergwerke, und diese zu steigern, wird nur gelingen, wenn wieder der alte Geist in unsere Arbeiterschaft einzieht, der Geist der Pflichterfüllung, welcher dereinst unser Volk groß und reich machte.

Industrie, Handel Handwerk,

Die neuen Zuckerpreise. Nach dem Reichsanzeiger wird der Preis für Verbrauchszucker ab Zuckerfabrik für Lieferungen nach dem 31. Dezember um 25 Mark für den Zentner erhöht. Dieser Aufschlag ist an die Reichszuckerausgleichsgesellschaft in Berlin abzuführen, die ihn zur Verfügung des Vereins der deutschen Zuckerindustrie zu halten hat, der diese Beiträge an die Rüben verarbeitenden Fabriken als Entschädigung für die Mehraufwendung infolge der verspäteten Ernte zu verteilen hat. — Der Handelsschlag für den Weiterverkauf von Lieferungen, die zu dem erhöhten Preise erfolgen, um 43 Pfennige für den Zentner erhöht. Der Preis für Rohzuckererzeugnisse aus der Zuckerrübenernte 1920 wird auf 150 Mark für den Zentner festgesetzt.

Die neue Kohlenpreiserhöhung. Wie verlautet, wird die Erhöhung einen viel größeren Umfang haben, als zunächst angenommen war, und wesentlich über den Betrag hinausgehen, der im vorigen Monat von den Zechenbesitzern verlangt wurde. Die Kohlenpreiserhöhung setzt sich zusammen aus zwei verschiedenen Posten: Zunächst soll eine Erhöhung um 12 Mark die Tonne erfolgen, wovon 10 Mark für den Bau von Bergarbeiterwohnungen und 2 Mark für die Lebensmittelbeschaffung für sie bestimmt sind. Darüber hinaus soll eine weitere Steigerung der Brennstoffpreise erfolgen, um eine Verbesserung der technischen Leistungsfähigkeit der Zechen zur Wiedererreichung der Friedensförderung zu ermöglichen. Die Höhe des Betrages steht noch nicht fest, soll aber noch über den anderweitig genannten Satz von 23 Mark die Tonne hinausgehen, so daß mit einer Gesamterhöhung von annähernd 40 Mk. die Tonne gerechnet werden kann, wenn in der am 30. d. M. stattfindenden Sitzung des Reichskohlenrates die bevorstehenden Anträge des Rheinisch-Westfälischen Kohlensyndikats angenommen und vom Reichswirtschaftsministerium genehmigt werden.

Zinkpreiserhöhung. Der Zinkhüttenverband, der mit Ende dieses Jahres ablaufen würde, ist um ein Vierteljahr verlängert worden. Der Verband verlängert sich automatisch um ein Vierteljahr, sofern nicht von den Gesellschaftern andere Anträge gestellt werden. Der Zinkhüttenverband wird im übrigen Mitte Januar eine Versammlung abhalten. Auf der Tagesordnung steht eine neue Preiserhöhung.

Verlängerung des Stahlwerksverbandes? Der Stahlwerksverband, der zuletzt bis zum Ende dieses Jahres verlängert worden war, soll, wie die B. T. M. hören, nunmehr auf Anordnung des Reichswirtschaftsministeriums weiterhin bis weitere zwei Monate verlängert werden. Die Verlängerung soll außerhalb werden, sobald der zurzeit in Bildung begriffene Selbstverwaltungskörper der Eisenindustrie zustande kommt. Zu der vorstehenden Meldung wird uns von maßgebender Seite erklärt, daß der Leitung des Stahlwerksverbandes in Düsseldorf hiervon nichts bekannt sei.

* **Elektrolytkupfer** 2298 Mark.

Aktiengesellschaften

* **Permitit, A.-G.** Der Aufsichtsrat schlägt der am 6. Januar in Berlin stattfindenden Generalversammlung vor, den Reingewinn von 293 847 M. wie folgt zu verteilen: 5 + 5 Prozent Dividende = 200 000 M., Delkrederie = 50 000 M., Tantieme des Aufsichtsrats = 20 000 M., Vortrag auf neue Rechnung = 23 847 M. Die Bilanz weist ein Aktien-Kapital von 2 Millionen Mark auf. Den Debitoren mit 3 560 081 M. stehen die Kreditoren mit 2 15 506 M. gegenüber. Der Betrieb teilt mit, daß die Höhe der vorliegenden Aufträge für die Beschäftigung in den nächsten Monaten genügt.

* **Ludwig Hupfeld A.-G. in Leipzig.** Die außerordentliche Generalversammlung genehmigte die Kapitalserhöhung bis um 2½ Millionen auf 6 Millionen Mark. Die neuen, ab 1. Juli 1919 dividendenberechtigten Aktien übernimmt ein von der Allgemeinen Deutschen Kreditanstalt geführtes Konsortium mit der Verpflichtung, einen Teilbetrag davon den Aktionären im Verhältnis 2 : 1 zum Kurse von 155 Prozent anzubieten. Die neuen Mittel dienen zur Durchführung der geplanten Interessengemeinschaften und zur Stärkung der Betriebsmittel.

* **Neubener Siegelwerke vorm. Clemens Dehnert A.-G. in Neuben bei Zeitz.** Die in Leipzig abgehaltene außerordentliche Generalversammlung beschloß auf Antrag der Verwaltung, das Grundkapital um 500 000 auf 1 Million Mark zur Stärkung der Betriebsmittel zu erhöhen. Die ab 1. Januar 1920 dividendenberechtigten Aktien übernimmt ein Bankkonsortium unter Führung der Allgemeinen Deutschen Kreditanstalt von 110 Prozent mit der Verpflichtung, einen Teil derselben den alten Aktionären zu einem um 5 Prozent höheren Kurse im Verhältnis von 2 : 1 anzubieten.

Stahlwerke Rich. Lindenberg A.-G. Die a.-o. G.-V., in der 2 694 000 Mk. Aktien vertreten waren, beschloß die Verlegung des Sitzes der Gesellschaft von Remscheid nach Baden-Baden. Gleichzeitig wurde bestimmt, daß die Generalversammlungen am Sitze der Gesellschaft oder an einem anderen, vom Einberufer zu bestimmenden Orte innerhalb des Deutschen Reiches stattfinden können.

Dividendenvorschläge. Mühlenthaler Spinnerei und Weberei A.-G. in Dieringhausen i. Rheinl. 12 Prozent (10). Bei 146 945 Mark (182 350 Mk.) Abschreibungen Reingewinn 681 582 Mk. (504 968 Mk.).

Schlesische Papierfabriken A.-G. in Mehrow wieder 15 Prozent aus 678 601 Mk. (455 136 Mk.) Gewinn.

Robert Jaedel A.-G. in Strehlen in Schlesien 7 Prozent Dividende und 10 Prozent Bonus gegen 7 Prozent ohne Bonus im Vorjahr. Die Firma kauft fortan Brauerei Jaedel A.-G. Ver. Gräfer Bierbrauerei A.-G. 2 Prozent (i. V. 8 Prozent).

Malz- und Nährmittel-Fabrik A.-G. in Freienwalde a. O. 6 Prozent (i. V. 0).

Adler-Brauerei in Köln (Ehrenfeld) 9 Prozent (7).

Berliner Börsenberichte

Börsenstimmungsbild. Die Börse zeigte bei Beginn im allgemeinen nur geringe Unternehmungslust. Die Stimmung konnte aber als fest gelten, da Erholungen, wenn auch meist wenig erheblicher Art, den Vorzug hatten. Bedeutend stiegen im Anschluß an die gestrige Nachbörsenbewegung Schantungbahnaktien. Ferner waren Neuguinea bedeutend, nämlich um 70 Prozent, Deutsche Uebersee-Elektrische um 32 Prozent und Rheinmetall um 15 Prozent gebessert. Auch Schiffahrtsaktien stellten sich meist um 2—3 Prozent höher. Am Montanmarkt zeigte die Kursbewegung keine Einheitlichkeit. Kauflust bestand in erster Linie für Kohlenaktien, so namentlich für Harpener, die 5 Prozent gewannen, und für Laurahütte, die um 4 Prozent in die Höhe gingen. Die Käufer erhielten aber im weiteren Verlaufe keinen Zulauf, und allmählich zeigte sich ein Ueberwiegen des Angebots, das aus Realisationen zum Jahresschluß erklärt wurde und auf allen Umsatzgebieten das Kursniveau etwas ins Schwanken brachte. Namentlich Valutapapiere litten darunter erheblich. So verloren Schantung ihre ganze heutige Besserung, Stoman etwa 100 Prozent; auch Otavi sanken erheblich. Von Farbwerten waren besonders Elberfelder Farbwerte stärker gedrückt. Bemerkenswert war die Festigkeit von Türkischen Tabakaktien und Türkenlosen. Am Anlagemarkt behauptete sich im allgemeinen der Kursstand bei mäßigen Umsätzen. Ungarische Anleihen stellten sich bedeutend höher.

Berliner Metallnotierungen:

Berlin, 30. Dezember. Preise für 100 kg in Mark. Raffinade Kupfer: 2150/2000. Orig.-Hütten-Weichblei: 870—900. Hüttenrohzink: 450, bedeut im freien Verkehr: 650—750. Orig.-Hütten-Aluminium: 3150—3200. Banca-Zinn: 6850—6450. 98% Hütten-Zinn: 6250—6000. 98% 98% Rein-Nickel: 4100—4200. Antimon-Regulus: 975—1000.

Auszahlungen.

	Geld	Brief	Berlin, 30. Dezember.	Geld	Brief
Holland	1843.25	1846.75	Oesterreich abgst.	27.05	27.15
Dänemark	959.25	960.75	Prag	32.40	32.60
Schweden	1039.25	1040.75	Ungarn	24.45	24.55
Norwegen	1024.25	1025.75	Spanien	339.25	340.75
Schweiz	884.25	885.—	Finnland	146.75	147.75
Oesterreich	35.45	35.55			

Im freien Verkehr wurden nicht amtlich ermittelt:

Deutsche Werte				
4% % Deutsche Schatzscheine VI—IX	78.—	Deutsche Erdöl	535.—
5% Deutsche Reichsanl.	77.80	Deutsche Gasglühl.	50.50
4 „ „	64.20	Deutsche Kali	220.25
3½ „ „	58.50	Deutsche Waff. u. Mun.	291.—
3 „ „	60.—	Donnersmarkhütte	262.—
4 Preuss. Konsols	60.25	Döring u. Lehrmann	119.—
3½ „ „	53.10	Dürkoppwerke	343.—
3 „ „	50.50	Elberfelder Farben	279.—
4 Charl. Stadtanl. 89/09	91.70	Engelhard Brauerei	245.—
4 Magdeb Stadtanl. 91/06	—.—	Felten u. Guilleaume	240.—
4% n. Sächs. landschaftliche Pfandbriefe	100.50	Gasmotoren Deutz	150.—
4 Preuss. Centr.-Bod.-Pfandbriefe	98.80	Gebhardt u. Co.	—.—
4 Preuss. Hypot.-Bank-Pfandbriefe 1911	100.—	Gebhardt u. König	161.75
4% Dessauer Gas-Oblig.	—.—	Geisenkirch. Bergb.	302.50
4 „ „	—.—	Glanziger Zuckerfbr.	220.—
Ausländ. Werte		Hallesche Masch.-Fabr.	420.—
4 Oesterr. Kron.-Rente	28.75	Hann. Masch.	397.—
4 Ungar. Gold-Rente	67.—	Harpener Berg	295.50
4 Ungar. Kron.-Rente	25.40	Hasper Eisen	213.—
Eisenbahn-Aktien:		Hirsch Kupfer	267.50
Halberstadt-Blankenb.	80.50	Höchster Farbw.	222.—
Halle-Hettstedter	60.—	Hoesch Eisen u. Stahl	350.25
Schantungbahn	560.—	Hohenlohe-Werke	138.50
Allg. Lokal-Str	128.—	Humboldt-Masch.	133.50
Gr. Berl. Str.	152.—	Ilse-Bergbau	400.—
Magdeburger Str.-B.	148.—	Kahla-Porzellan	441.50
Lux. Prinz Heinrich-B.	560.—	Kaliw. Aschersleben	228.50
Orientbahn	42b.—	Körbisd. Zucker-Akt.	221.—
Schiffahrts-Akt.:		Kyffhäuserhütte	—.—
Hambg. Paketfahrt	121.75	Lahmeyer u. Co.	128.25
Hambg.-Südamerika	216.50	Landw. Bank d. Pr. Sa.	—.—
Hansa-Dampfschiff	314.50	Lauchhammer	188.—
Nordd. Lloyd	122.—	Laurahütte	163.75
Banken:		Lingel. Erfurt	244.75
Bank für Thür.	157.—	Linke u. Hofmann	375.50
Berl. Handelsges.	159.—	Ludwig Loewe u. Co.	375.50
Comm u. Diskontobank	132.25	Lothringer Hütte	226.—
Darmstädter Bank	120.—	Mannesmannröhren	226.—
Dess. Landesbank	—.—	Maschinenfabr. Buckau	176.—
Deutsche Bank	272.—	Oberschl. Eisenb.-Bed.	153.50
Diskonto-Comm.	179.½	do. Caro Heg.	168.75
Dresdner Bank	149.—	do. Kokswerke	275.—
Credit-Anst. Leipzig	138.—	Orenstein u. Koppel	292.—
Mitteld. Privat-Bank	132.—	Phönix-Bergb.	263.50
Nationalbank	119.—	Rhein. Stahlwerke	198.—
Oesterr. Kredit	124.—	Rhein. Metall-Vorz.	198.—
Reichsbank	117.½	Riebeck. Montan	283.—
	182.50	Rombacher Hütten	201.50
Industrie-Aktien:		Rositzer Brankk.	214.75
Schultheiss-Brauerei	234.50	Rositzer Zucker	185.—
Akt. f. Anilin	259.25	Sangerhäuser Masch.	347.—
Allgem. Elektr.-Ges.	239.75	Hugo Schneider u. Co	219.75
Ammendorfer Papierf.	520.—	Schuckert u. Co.	150.—
Anhalter Kohlenw	320.75	Siemens u. Halske	247.—
Annaberger Steingut	245.—	Stettiner Chamotte	226.—
Badische Anilin	304.—	Stettiner Vulkan	198.—
Bergmann-Elekt.-Akt.	171.—	Stollberger Zinkh.	247.—
Berl. Masch.-Bau	232.25	Strass. Spielkarten	248.—
Bismarckhütte	249.—	Thale-Eisenhütte	324.—
Bochumer Gußstahl	232.—	Triptis-Akt.-Ges.	240.50
Chem. Fabrik Buckau	—.—	Türkische Tabakregie	460.—
Chem Griesheim	235.—	Ver. Köln-Rottweiler	221.50
Chem. v. Heyden	274.—	Glanzstoff Elberf.	780.50
Consolidation Schalke	38.50	Wegelin u. Hübner	156.—
Crollwitzer Papierfabr	265.—	Werch.-Weissenf. Brk.	342.25
Daimler-Motoren	261.50	Westeregeln-Alkali	365.—
Deutsch-Luxemburg	312.—	Wittener Gußstahl	107.75
Deutsche Uebersee-El.	604.—	Wrede-Mälzerei	470.—
		Zeitzer Masch.	283.—
		Zellstoff Waldhof	508.—
		Otavi-Minen	

Tendenz: fest.

Produktenbericht. Andauernd starke Nachfrage für Nährmittelerzeugung und Futterversorgung gewährte der Festigkeit des Hafers einen Rückhalt gegenüber der nachlassenden Kauflust des Westens. Von Hülsenfrüchten waren zu Speisezwecken gute Sorten begehrt. Peluschken und Pferdebohnen neigten aber zur Schwäche. Auf Serradella drückte zunehmendes Angebot. In Lupinen war das Geschäft gering. Heu und Stroh hatten feste Haltung. Tauwetter.

Kirchl. Anzeigen von Halle u. Dororten.

Silvester, den 31. Dezember 1919, und Neujahr, den 1. Januar 1920.

Zu U. 2. Frauen: Silvester abends 6 Uhr Oberpf. Jahr Chorgesang). Neujahr vorm. 10 Uhr P. Knoblauch (Chorgesang). Abends 6 Uhr P. Fritze.

Klinikskapelle (Magdeburgerstr.): Neujahr abends 7 Uhr P. Knoblauch.

St. Ulrich: Silvester abends 6 Uhr O erpf. Richter. Neujahr vorm. 10 Uhr P. Heinicke (Chorgesang). Nachm. 2 Uhr Kindergottesdienst in der Kirche: Oberpf. Richter. Abends 6 Uhr Missionar Lübke.

Ostbahnhof (Kronodorfestr. 6a): Neujahr vorm. 10 Uhr Gottesdienst: P. Thiele.

Johanniskirche: Neujahr vorm. 10 Uhr P. Kindervater. Kindergottesdienste: Vorm. 11½ Uhr P. Fischer, nachm. 2 Uhr P. Faßner.

Zu St. Moritz: Silvester abends Uhr Oberpf. Keller. Neujahr vorm. 10 Uhr P Bohl. Nachm. 5 Uhr Oberpf. Keller.

Hospital: Neujahr vorm. 10 Uhr Oberpf. Keller.

Zu St. Georgen: Silvester abends 6 Uhr Jahresschlußandacht: P. Hellmann. Neujahr vorm. 10 Uhr P. Gliese. Nachm. 5 Uhr P. Dr. Bahlbieck. — **Paul-Riebeck-Stift:** Neujahr vorm. 10 Uhr P. Witte.

Domkirche: Silvester nachm. 3 Uhr liturgische Jahresschlußfeier: Domprd. Lic. Baumann. Vorbereitung und Abendmahl; Derselbe. Neujahr vorm. 10 Uhr Domprd. Prof. D. Lana.

St. Laurentiuskirche: Silvester abends 6 Uhr P. Förster (Abendmahl). Neujahr vorm. 10 Uhr P. Wagner (Abendmahl). Nachm. 2 Uhr Kindergottesdienst (Gemeindehaus); Derselbe. Nachm. 5 Uhr Vesper; Derselbe.

St. Stephanuskirche: Silvester abends 6 Uhr P. Dr. Hagemeyer (Abendmahl). Neujahr vorm. 10 Uhr Sup. Meinhof (Abendmahl Sammlung für die Diakonissenstation. Vorm. 11½ Uhr Kindergottesdienst (Gemeindehaus). P. Dr. Hagemeyer.

Für Schwerhörige: Silvester nachm. 5 Uhr Abendmahl Weidenplan 4; Sup. Meinhof.

Diakonissenhaus: Silvester abends 8 Uhr Superint. Mecke (Abendmahl). Neujahr vorm 10 Uhr Derselbe.

Paulusgemeinde: Silvester abends 6 Uhr Jahresschlußfeier in der Kirche. P. v. Broecker (Abendmahl). Neujahr vorm. 10 Uhr P. Haberland (Abendmahl. Vorm. 11½ Uhr Kindergottesdienst im Gemeindehaus; P. Haberland. Nachm. 2 Uhr Kindergottesdienst im Gemeindehaus; P. v. Broecker. Nachm. 5 Uhr P. Teege (Gemeindehaus).

Zu St. Bartholomäus: Silvester abends 6 Uhr Silvesterandacht (Kirchenchor): P. Meiner. Neujahr vorm. 10 Uhr Sup. Hellwig.

Zu St. Petrus: Silvester abends 6 Uhr Silvesterandacht: P. Kunitz. Neujahr vorm. 10 Uhr P. Meiner. Vorm. 11¼ Uhr Kindergottesdienst: P. Kunitz.

Halle-Trotha: Silvester abends 6 Uhr P. D. Jenrich. Neujahr vorm. 10 Uhr Derselbe.

Evangel.-lutherische Gemeinde Weidenplan 4: Silvester abends 6 Uhr Jahresschlußfeier. Neujahr vorm. 10 Uhr Gottesdienst.

Christliche Gemeinschaft Margaretenstr. 5: Neujahr abends 8¼ Uhr Evangelisationsversammlung.

Gemeinschaftsäle, Alte Promenade 8. Silvester abends 8 Uhr Silvesterfeier. Neujahr nachm. 3½ Uhr Bibelbesprechstunde.

Friedenskirche der Gemeinde getaufter Christen (Baptisten), Ludwig-Wucherer-Straße 39: Silvester abends 8½ Uhr Silvesterfeier. Neujahr nachm. 3 Uhr Gottesdienst; Pred. Klinger. — **Nietleben** (Dieselgasse 22a): Neujahr nachm. 3 Uhr Gottesdienst.

Mennoniten-Gemeinde (Magdeburgerstr. 27): Silvester und Neujahr abends 8 Uhr Gottesdienst.

St. Franziskus- und Elisabethkirche: Silvester abends 6 Uhr Jahresschlußandacht und Predigt. Neujahr von des morgens 6 Uhr bis nachm. 3 Uhr Ewiges Gebet, morgens 6 Uhr Hochamt, 7 Uhr stille vorm. 8 Uhr Hochamt, 9½ Uhr Kindergottesdienst. 11 Uhr Hochamt, mittag 12 Uhr Betstunde für die armen Seelen, nachm. 1 Uhr Betstunde für die Schulkinder, 2 Uhr Schlußandacht.

St. Barbara-Kapelle (Barbarastraße): Neujahr vorm. 9 Uhr Hochamt mit Predigt, nachm. 2 Uhr Festandacht.

St. Norbertkirche (Halle-Giebichenstein): Neujahr vorm. 8 Uhr Frühmesse, 10 Uhr Hochamt, nachm. 2 Uhr Andacht.

Diemitz: Silvester nachm. 5 Uhr Gottesdienst, danach Abendmahl; Pfarrer Bepold. Neujahr vorm. 9½ Uhr Predigtgottesdienst; Pfarrer Bepold.

Ammendorf: Neujahr vorm. 10 Uhr Predigt; P. Balthasar. — **Beesener Kirche:** Neujahr vorm. 10 Uhr Gottesdienst: P. v. Stein.

Radewell: Silvester abends 7 Uhr Predigtgottesdienst; Sup. Bodenstein Neujahr vorm. 10 Uhr Predigtgottesdienst; Derselbe.

Bölberg: Silvester abends 6 Uhr Silvesterandacht; P. Rätzicke Neujahr vorm. 10½ Uhr Gottesdienst; Derselbe.

Wörmlitz: Silvester abends 7 Uhr Silvesterandacht; P. Rätzicke. Neujahr vorm. 9 Uhr Gottesdienst; Derselbe.

Passendorf: Neujahr vorm. 8½ Uhr Frühgottesdienst.

Tülau: Neujahr vorm. 11 Uhr Predigtgottesdienst; P. emer. Riedel, Halle.

Seeben: Neujahr vorm. 10 Uhr P. Bode.

Wettiner Kirchennachrichten.

Silvester, den 31. Dezember 1919, und Neujahr, den 1. Januar 1920.

Nikolaikirche: Silvester nachm. 5 Uhr Jahresschlußandacht; Burgprediger Calaminus. Neujahr nachm. 5 Uhr Oberpf. Jeschke.

Burgkirche: Neujahr vorm. 9½ Uhr Burgprd. Calaminus.

Döblitz: Neujahr vorm. 9½ Uhr Oberpf. Jeschke.

Zaschwitz: Neujahr nachm. 1 Uhr Oberpf. Jeschke

Hohenzollern-Hof

Magdeburgerstrasse 65

Grosse Sylvester-Feier

ab 4 Uhr nachmittags

2 Kapellen

anschliessend **Tanz.**

Tischbestellung erbeten. * Tel. 6810 u. 6811.

Hauptschriftleiter: Helmut Wüttcher.
Verantwortlich für Politik: Helmut Wüttcher; für politische Nachrichten, Volkswirtschaft und Sport: Hans Helfing; für den gesamten übrigen redaktionellen Teil: L. G. Erich Gottstein.
Anzeigenleiter: Paul Berdau; Druck in Halle a. S. Otto Thiele, Buch- und Kunstdruckerei, Verlag der Hallischen Zeitung, Halle a. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191912311-13/fragment/page=0004